Überblick[1]

Nach der kräftigen Erholung des globalen Wirtschaftswachstums im Sommer 2021 kam es gegen Ende des Jahres zu einer deutlichen Abschwächung, welche vor allem durch hohe Covid19-Infektionszahlen, anhaltende globale Lieferkettenprobleme und neue Unsicherheiten hinsichtlich der Omikron-Variante bedingt war. Dementsprechend hat die EZB in ihrer Dezember-Prognose ihre Erwartung für das Wachstum des globalen BIP in 2021 (ohne Euroraum) um 0,3% auf 6% reduziert. Für 2022 erwartet die EZB ein Wachstum von 4,5%, sowie 3,9% bzw. 3,7% für 2023 und 2024.

In den USA hat sich das Wirtschaftswachstum besonders deutlich verlangsamt und lag im dritten Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal annualisiert nur mehr bei 2,3%, nachdem es im zweiten Quartal noch 6,7% betrug. Dennoch stieg die Inflationsrate gemessen am consumer price index (CPI) nochmals leicht um 0,1% an und verzeichnete im Dezember 7%. Auch die Kerninflationsrate (ohne Energie und Lebensmittel) stieg auf 5,5%, nach 5% im November. Entsprechend beschloss die Notenbank der USA im Dezember eine Reduktion der monatlichen Nettoankäufe von Wertpapieren.

Im Euroraum wuchs die Wirtschaft im dritten Quartal um 2,2% gegenüber dem Vorquartal, ähnlich wie im zweiten Quartal, getragen vor allem durch den privaten Konsum. Es bestanden jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. So wuchs z.B. die französische Wirtschaft mit einer Rate von 3%, jene von Deutschland jedoch lediglich mit 1,7%. Für das Gesamtjahr 2021 rechnet die EZB aktuell mit 5,1% Wachstum. Für 2022 wurde die Wachstumsprognose gegenüber September von 4,6% auf 4,2% reduziert. Im Gegenzug wurde die Prognose für 2023 von 2,1% auf 2,9% erhöht. Die Inflationsrate gemäß dem harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) lag im November im Euroraum bei 4,9% und im Dezember bei 5%, in Estland und Litauen sogar über 10%. Der EZB-Rat beschloss im Dezember die Ankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) im ersten Quartal 2022 zu reduzieren und die Nettoankäufe im März einzustellen.

Gemäß Prognose der Europäischen Kommission ist die Wirtschaftsleistung in Zentral-, Ost- und Südosteuropa im Jahr 2021 um 5,3% gewachsen. Für 2022 wird mit 4,5% Wachstum gerechnet. Die Inflation lag mit 6,8% im November 2021 auf dem höchsten Niveau seit dem Sommer 2008.

Gemäß der Dezember-Prognose der OeNB konnte die österreichische Wirtschaft 2021 ein kräftiges Wachstum von 4,9% verzeichnen. Für 2022 wird mit 4,3% gerechnet, getrieben vor allem vom privaten Konsum, der aufgrund von Nachholeffekten, (teilweiser) Auflösung von Überschussersparnissen und der Steuerreform um 5,7% wachsen wird. Die HVPI-Inflationsrate lag aufgrund von Energiepreisanstiegen und globalen Lieferengpässen 2021 bei 2,8%. Für 2022 rechnet die OeNB mit 3,2% Inflation, bevor sie in den Jahren 2023 und 2024 wieder auf 2,3% und 2% absinken wird. Das Budgetdefizit wird 2022 gemäß Prognose auf 2,1% sinken, die Staatsschuldenquote fällt von 83,2% des BIP im Jahr 2020 bis 2024 auf 75,5%.

[1] Autor: Wolfgang Lechthaler (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).